

NACHRICHTEN

IWF greift Island unter die Arme

Washington. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat beschlossen, das von der Finanzkrise besonders betroffene Island mit einem Kredit zu unterstützen. Die Mitgliedsstaaten hätten sich auf die Hilfe verständigt, sagte IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn am Samstag am Rande des Weltfinanzgipfels in Washington. Über den Kredit solle am Mittwoch endgültig abgestimmt werden. Zur Höhe machte Strauss-Kahn keine Angaben. Berichten zufolge hatte Island um zwei Milliarden Dollar gebeten. (afp)

Micron hat offenbar Qimonda-Kaufoption

Düsseldorf/Dresden. Der US-Chiphersteller Micron Technology hat offenbar eine Option, auch den Rest der defizitären Infineon-Tochter Qimonda zu übernehmen. Die 400 Millionen Dollar, die Micron für die Qimonda-Beteiligung an dem taiwanischen Auftragsfertiger Inotera gezahlt hat, würden dabei angerechnet, berichtete die „Wirtschaftswoche“. Qimonda will mit der Summe die eigene Restrukturierung vorantreiben. Allein in Dresden stehen dabei 1000 der 3000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. (rtt/ddp)

Reifen-Nachfrage eingebrochen

Frankfurt (Main). Die Reifenindustrie steht angesichts der Automobilkrise und der milden Witterung vor Problemen. Der Chef des Verbandes der Reifenhändler, Peter Hülzer, sagte der Branchenzeitung „Automobilwoche“, Hersteller wie Goodyear prüften bereits Kurzarbeit. Continental denke sogar über die Schließung eines Werkes in Deutschland oder Frankreich nach. Nach Berechnungen des europäischen Reifen-Herstellerverbandes bestellen Groß- und Einzelhändler in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 32,4 Prozent weniger Winterreifen als im Vorjahr. (ap)

Verdacht gegen Mercedes-Mitarbeiter

München. Wegen Korruptionsverdachts wird gegen drei Mitarbeiter des Mercedes-Werks in Sindelfingen ermittelt. Sie sollen in der Abteilung Qualitätssicherung absichtlich Neuwagen beschädigt haben, um einer Nacharbeitenfirma Aufträge zuzuschleusen, wie ein Daimler-Sprecher gestern bestätigte. Den Beschäftigten wird vorgeworfen, als Gegenleistungen für Reisen, Fußballkarten oder Potenzmittel Oberflächen zerkratzt, Schrauben gelockert und Flüssigkeiten in Bremsleitungen gespritzt zu haben. (ap)

AGRARMARKT

Rinder, 45. Woche (03.11.-09.11.), n. 4. DVO, in €/kg Schlachtgewicht	R3	O3	E-P
Jungbullen	3,12	2,82	2,96
Kühe	2,40	2,29	2,01
Färsen	2,96	2,32	2,36
Kälber	-	-	2,07

Schweine, 45. Woche, nach 4. DVO, Preise in €/kg Schlachtgewicht	E	U	E-P	M1
	1,50	1,40	1,46	1,23

Ferkel, 46. Woche, ab Hof, ohne Mehrwertsteuer, €/Stück	25 kg hybrid	49,50	8-10 kg hybrid	-
---	--------------	-------	----------------	---

Eier, 46. Woche, EZP in €/100 Stück, weiß/braun	KL. L	10,08	KL. M	8,90
---	-------	-------	-------	------

Getreide, 46. Woche, €/Tonne, Preise o. MwSt., frei Lager des Erfassers, trockene, handelsübliche Ware, Raum Sachsen	E-Weizen	160,00-180,00
A-Weizen	125,00-135,00	
Brotweizen	118,00-133,00	
Futterweizen	115,00-120,00	

Quelle: Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft

„Mitgefangen heißt Mitgehungen“

Schwellenländer bei Krise voll mit in der Verantwortung

VON HENRIETTE LÖWISCH

Washington. Gar so bitter kann die Quitten-Essenz nicht geschmeckt haben, die im Weißen Haus zu den Wachteln serviert wurde. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) jedenfalls war nach dem Dinner sichtlich fröhlich aufgelegt, trotz Weltfinanzkrise und obwohl sie nach dem Essen eine halbe Stunde auf den Wagen zum Hotel warten musste. Den Gipfel von mehr als 20 Wirtschaftsnationen bezeichnete sie am Wochenende in Washington als historisch, den Willen zur Neuordnung der Finanzmärkte als groß.



Demonstranten in Madrid skandieren antikapitalistische Parolen. Globalisierungskritiker zeigten sich enttäuscht von den Ergebnissen des Finanzgipfels. –FOTO: S. VERA/REUTERS

Mit Merkel tafelten auf Einladung von Noch-US-Präsident George W. Bush die Vertreter all jener alten und neuen Wirtschaftsmächte, die sich jahrelang an den Früchten jener Finanzpraktiken gelabt hatten, die sie künftig nur noch mit Vorsicht genießen wollen. Neben den westlichen Industriestaaten saßen diesmal auch Schwellenländer wie China, Indien oder Saudi-Arabien mit am Tisch.

Nach Darstellung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) bestand breiter Konsens darüber, dass die aktuelle Krise in den Vereinigten Staaten losgetreten wurde. Gleichwohl blieb Häme weitgehend aus. Denn das viergängige Menü – neben den Wachteln gab es Lammrücken, Salate und Birmentarte – hatte den bitteren Beigeschmack des „Mitgefangen heißt Mitgehungen“. Verdanken doch gerade die Schwellenländer ihr Wachstum in hohem Maße dem US-Konsum auf Pump, sodass auch ihre Volkswirtschaften nun durch die Krise ins Schleudern geraten.

Die Erweiterung des Klubs der reichen Sieben (G7) auf mehr als 20 Staaten ist für alle Beteiligten gewöhnungsbedürftig: für die Industriestaaten, weil sie sich künftig langwierigeren Abstimmungsprozessen unterziehen müssen, für die Schwellenländer, weil sie im Kampf gegen die Rezession stärker in die Pflicht genommen werden.

Dass sich trotz Wirtschaftsmisere so etwas wie Kameraderie unter den Teilnehmern ausbreitete, mag damit zusammenhängen, dass die in Wa-



Vereint im Kampf gegen die Rezession: Mitglieder der Regierungsdelegationen der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) sitzen beim Weltfinanzgipfel in Washington an einem Tisch. –FOTO: FOTO: RAINER JENSEN/DDP

shington herrschende Aufbruchstimmung ansteckend ist. Wie sich der künftige US-Präsident Barack Obama letztlich zu den Prinzipien stellt, die auf dem Gipfel vereinbart wurden, wird bei deren Umsetzung eine zentrale Rolle spielen. Obama übernimmt erst am 20. Januar die Geschäfte und hat dann bis zum 31. März gut zwei Monate Zeit, der geplanten Neuregulierung der Finanzmärkte seinen Stempel aufzudrücken.

Im Moment hat der künftige Führer der Freien Welt freilich andere Sorgen. Ihm geht es darum, so rasch wie möglich ein Konjunkturprogramm auf den Weg zu bringen, um den drohenden rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bremsen. Da decken sich seine Sorgen mit jenen der Kanzlerin. (afp)

STICHWORT

Wichtige Ergebnisse

- **Internationaler Währungsfonds (IWF):** Die Europäer konnten sich mit ihrer Forderung nach einer stärkeren Rolle des IWF nicht durchsetzen. Seine „wichtige Rolle“ wird gesondert erwähnt. Die Mittel werden aufgestockt.
- **Forum für Finanzstabilität (FSF):** Die Mitgliedschaft in dem internationalen Gremium zur Stabilität der Finanzmärkte soll erweitert werden, insbesondere auf die Schwellenländer.
- **Steueroasen:** Es wurde eine engere Zusammenarbeit vereinbart, um Steueroasen wie Liechten-

stein, Schweiz oder die Kaiman-Inseln zur Kooperation zu nötigen.

- **Überwachung:** Rating-Agenturen sollen unter Aufsicht gestellt werden. Spekulative Hedge-Fonds sollen stärker reglementiert, die Eigenkapitalausstattung bei Risikoprodukten erhöht werden.
- **Weltbank:** Bei der Weltbank sollen Programme angesiedelt werden, um in Entwicklungs- und Schwellenländern beispielsweise Infrastrukturprojekte zu fördern.
- **Welthandel:** Angemahnt wird ein baldiger Abschluss der stockenden Verhandlungen über eine weitere Liberalisierung des Welthandels (Doha-Runde). (ddp)

Merkel macht Opel zur Chefsache

Regierung greift in Autokrise ein – Länder signalisieren Hilfe – Daimler plant Sparprogramm

Berlin. Die Bundesregierung schaltet sich ins Krisenmanagement beim angeschlagenen Autobauer Opel ein. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte am Wochenende, sie habe Spitzenvertreter von Opel, darunter den Europa- und den Deutschlandchef sowie den Betriebsratsvorsitzenden, für heute zu einem Gespräch eingeladen. Im Anschluss berät SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier mit den Betriebsräten der deutschen Autohersteller über Folgen der Krise.

Morgen wollen Bund und Länder auf einem Krisengipfel im Finanzministerium über eine Staatsbürgschaft entscheiden. Hessen und Nordrhein-Westfalen kündigten bereits ihre Bereitschaft zur Hilfe an. Unterdessen warnte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) vor Trittbrettfahrern, die sich unter dem Schutz der Krise Staatsgelder abholen wollen und mahnte die Länder mit Opel-Standorten zur Mäßigung. Bei Opel arbeiten gut 25.000 Menschen in Rüsselsheim, Bochum, Kaiserslautern und Eisenach.

Grund für eine drohende Pleite bei Opel ist Medienberichten zufolge, dass die US-Konzernmutter General Motors (GM) mehrere Milliarden Euro nicht überweisen könne. Als Rettung kämen staatliche Hilfen oder die Herauslösung der europäischen GM-Aktivitäten aus dem Konzern infrage. Unter Berufung auf Regierungskreise heißt es weiter, dass der Bund eine Milliarde Euro übernehmen, die Län-

der sich eine weitere Milliarde nach einem Arbeitsplatz-Schlüssel teilen könnten. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) kündigte an, Bedingungen zu stellen, „wenn wir Steuergeld zur Rettung internationaler Automobilkonzerne riskieren“. Dabei gehe es etwa um Standortsicherung und Arbeitsplätze.

Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer warnte vor einer unbedachten staatlichen Bürgschaft: „Wenn die US-Regierung das Rettungsprogramm für den Mutterkonzern GM

in den USA nicht unterstützt, wäre eine Bürgschaft wie ein Scheck an Lehman Brothers.“ Der Volkswirt befürchtet, dass es Ende 2009 in der Autoindustrie rund 100.000 Jobs weniger geben könne als heute.

Wegen der Absatzkrise plant auch Autohersteller Daimler laut „Wirtschaftswoche“ ein neues Sparprogramm. Mit ähnlichen Maßnahmen habe der Konzern zwischen 2005 und 2007 Kosten in Höhe von 7,1 Milliarden Euro eingespart, zulasten von 10.000 Arbeitsplätzen. (ddp/ap/rtt)



Angela Merkel in der Opel-Studie „Flextrex“. Die Kanzlerin lädt die Spitzen des Autokonzerns zu einem Krisengipfel ein. –FOTO: B. KAMMERER/AP/ARCHIV

KOMMENTAR ZUR BÖRSENWOCHE

Es bleibt spannend

Anleger und Märkte derzeit nur kurzfristig orientiert

VON KLAUS DIETER OEHLER

In Washington haben die Staats- und Regierungschefs Einigkeit demonstriert: Sie sind bereit, das Weltfinanzsystem vor dem Zusammenbruch zu retten und die Rezession zu beenden. Wie das im Einzelnen aussehen soll, könnte von heute an im Detail in Frankfurt (Main) diskutiert werden. Dort treffen sich Tausende von Bankern und Finanzmanagern aus aller Welt, um eine Woche lang über die Lage auf den Märkten zu diskutieren. Auf der „Euro Finance Week“ wird es um den Finanzstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb gehen, um die Entwicklung in Schwellenländern und zum Abschluss werden am Freitag hochrangige Experten, wie etwa Bundesbankpräsident Axel Weber oder Bundespräsident Horst Köhler, über den Zustand der Welt diskutieren.

Ob all diese Diskussionen jedoch die Akteure an den Aktienmärkten beruhigen werden, ist offen. Zur Zeit blicken die Anleger, die doch sonst so weit in die Zukunft schauen, eher auf die aktuellen Daten. Sie suchen nach einer Antwort auf die Frage, wie tief die Rezession ist und wie lang sie anhalten wird. Das Problem dabei ist, dass die zahlreichen Konjunkturdaten, die auch in dieser Woche dies- und jenseits des Atlantik ver-

öffentlicht werden, sich auf die Vergangenheit beziehen. Ob Deutschland, die Eurozone oder die US-Wirtschaft im vierten Quartal nun noch einmal schwächer werden oder aber, wie manche Experten inzwischen meinen, gegenüber dem dritten Quartal doch schon wieder leicht zulegen kann, können diese statistischen Daten nicht hergeben.

Es bleibt also dabei, dass man darüber spekulieren muss, wie es weitergehen wird. Dabei mehren sich inzwischen die Stimmen, die vor allzu großem Pessimismus warnen. Das „negative Überraschungspotenzial“ sei weitgehend ausgeschöpft, heißt es beispielsweise im Wochenausblick der HeLa. Dabei haben die Experten wohl die Rechnung ohne Opel gemacht. Der Hilferuf des Rüsselsheimer Autobauers kam für die Aktienmärkte zur Unzeit, heute wird wohl wieder einmal die Krise der Schlüsselbranche auf die Aktienkurse drücken. Festzuhalten bleibt, dass die Börsen zur Zeit gar nicht nach ihren eigenen Regeln funktionieren. Sie sind kurzfristig orientiert anstatt vorzuschauen. Das erklärt, warum es relativ heftig bergauf und wieder bergab geht. Außer den Konjunkturdaten steht für diese Woche nicht viel aus den Unternehmen auf dem Plan – aber auf Überraschungen sollte man jederzeit gefasst sein.

Chemnitzer IT-Spezialisten optimieren die Telefonkonferenz

Meetwise GmbH bringt Gerät zur Übertragung von Bildschirmhalten auf den Markt – Fünf-Mann-Firma setzt auf einfache Bedienbarkeit

VON JAN-DIRK FRANKE

Chemnitz. Mit einem neuartigen Gerät zur Fernübertragung von Bildschirmhalten sieht die Chemnitzer Meetwise GmbH Absatzchancen im wachsenden Markt für Telefon- und Videokonferenzen. Mit der Hardware, die an den Rechner angeschlossen wird, lassen sich Dokumente über das Internet an andere Teilnehmer übertragen. Jeder kann auf die angezeigte Seite zugreifen und sie bearbeiten, alle anderen bekommen die Änderungen zeitgleich angezeigt.

Meetwise-Geschäftsführer Thomas Fichtner hofft, mit der Eigenent-

wicklung eine Marktnische besetzen zu können. Reine Softwarelösungen zur Übertragung von Bildschirmhalten gebe es zwar schon, nur seien diese meist sehr komplex aufgebaut. Die junge IT-Firma setzt mit ihrem Produkt dagegen auf einfache Bedienbarkeit. Der so genannte „Meetwise Reporter“ lasse sich unabhängig von Betriebssystem und Bildschirm auflösung per Kabel mit jedem beliebigen Rechner verbinden, erklärt der Firmenchef. Die Kommunikation via Internet erfolge dann verschlüsselt nach den üblichen Sicherheitsstandards. Zusätzliche Software oder IT-Kenntnisse würden nicht benötigt,

so Fichtner. Als potenzielle Kunden hat der Geschäftsführer etwa Anwaltskanzleien, Architekturbüros aber auch Mittelständler mit Niederlassungen im Visier. Gerade Rechtsanwälte hätten viel Abstimmungsbedarf über Textdokumente. „Sie könnten sich ans Telefon setzen, das Ganze besprechen und gleichzeitig an den Dokumenten arbeiten“, betont Fichtner.

Die erste Charge des Produkts hat das fünf Mitarbeiter zählende IT-Unternehmen bereits fertigen lassen, erste Geräte sind laut Fichtner schon verkauft. Noch erfolgt der Verkauf via Direktvertrieb. Ein Händlernetz

baue man gerade auf, so der Geschäftsführer. 2009 will Meetwise zirka 1500 Stück des 1500 Euro teuren Kästchens absetzen. In den Jahren darauf plant Fichtner, in den „mittleren verstellbaren Bereich“ vorzustoßen. Das soll sich nach seinen Vorstellungen dann auch in zusätzlichen Arbeitsplätzen niederschlagen: Ziel sei es, innerhalb der nächsten Jahre zehn Mitarbeiter zu beschäftigen.

Die Meetwise GmbH besteht seit Dezember vergangenen Jahres. Im Sommer 2008 hatte sich der Technologiegründerfonds Sachsen mit einem sechsstelligen Betrag an der Firma beteiligt.



Wird wie ein Telefon an Laptop oder PC angeschlossen: „Meetwise Reporter“. –FOTO: MEETWISE GMBH